

## Bericht von Helmut Kohl vor dem Europäischen Parlament (30. Juni 1983)

**Legende:** Am 30. Juni 1983 zieht Bundeskanzler Helmut Kohl am Rednerpult des Europäischen Parlamentes die Bilanz des Europäischen Rates von Stuttgart und fordert eine baldige Inkraftsetzung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit.

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 02.07.1983, Nr. 73. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Bericht des Bundeskanzlers über den Europäischen Rat in Stuttgart (30. Juni 1983)", p. 669; 671-673.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/bericht\\_von\\_helmut\\_kohl\\_vor\\_dem\\_europaischen\\_parlament\\_30\\_juni\\_1983-de-38c14470-6d46-419e-afb8-890202491837.html](http://www.cvce.eu/obj/bericht_von_helmut_kohl_vor_dem_europaischen_parlament_30_juni_1983-de-38c14470-6d46-419e-afb8-890202491837.html)

**Publication date:** 18/12/2013

## Bericht von Helmut Kohl vor dem Europäischen Parlament (30. Juni 1983)

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich begrüße es, heute am letzten Tag der deutschen Präsidentschaft dem Europäischen Parlament in dieser Sondersitzung über den Europäischen Rat in Stuttgart berichten zu können. Mir geht es weniger darum zu berichten, was geschehen ist. Ich will mit Ihnen gemeinsam überlegen, welche Folgerungen wir für die zukünftige Arbeit der Gemeinschaft zu ziehen haben.

Für die Europapolitik tragen die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft eine besondere Verantwortung. Dies gilt auch für Sie als Abgeordnete im Europäischen Parlament. Deshalb ist der Dialog zwischen dem Europäischen Parlament und dem Vorsitzenden des Europäischen Rates notwendig. Er ist deshalb ausdrücklich in der in Stuttgart verabschiedeten Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union verankert worden.

Das Europäische Parlament hat die wichtige und unentbehrliche Aufgabe, das europäische Bewußtsein bei unseren Bürgern zu stärken. Dazu muß es Autorität haben, und seine Stimme muß gehört werden.

Europäisches Bewußtsein kann aber nur wachsen, wenn sich unsere Bürger mit ihren Interessen und Problemen in der Gemeinschaft gut aufgehoben fühlen. Die weitschauenden Gründungsväter Europas, denen wir die Gemeinschaft, den europäischen Zusammenschluß verdanken, haben es gewußt:

Die Gemeinschaft lebt, weil sie Frieden und Stabilität in Europa garantiert, weil sie uns alle stärker macht, weil wir nur durch sie zu einem überzeugenden Gesprächspartner in der Welt von heute geworden sind, auf den man hört.

[...]

Nach über zweijährigen intensiven Verhandlungen ist es in Stuttgart gelungen, die Beratungen über die Feierliche Deklaration zur Europäischen Union erfolgreich abzuschließen und die Deklaration zu unterzeichnen. Vorbehalte einzelner Partner gegen Einzelbestimmungen der Deklaration bestehen fort. Auch hat der Inhalt der Erklärung im Laufe der Beratungen Einschränkungen erfahren.

Wir wären bereit gewesen, weiterzugehen. Das gilt auch für einige andere Mitgliedstaaten. Das gilt sicherlich für Sie, das Europäische Parlament. Wir müssen uns jedoch damit abfinden, daß wir alle zusammen nur so viel erreichen können, wie jeder für sich zu akzeptieren bereit ist.

Und hier möchte ich ein offenes Wort auch an dieses Haus sagen. Natürlich verstehe ich die Kritik, natürlich verstehe ich, daß man sagt, Ihr hättet mehr erreichen müssen. Aber, meine Damen und Herren, die Abgeordneten, die hier sitzen, sind zu Hause Mitglieder nationaler Parteien, und ich sage Ihnen ganz offen, ich höre hier auch in diesem Hause von dem einen oder anderen Töne, die ich zu Hause nicht höre. Ich beobachte mit großem Interesse, daß manch einer hier Äußerungen europäischer Gesinnung abgibt, die er zu Hause in seiner nationalen Partei nicht so macht. Natürlich ist es sehr viel leichter, hier europäische Überzeugungen zum Ausdruck zu bringen, aber auf nationalen Parteitag europäische Überzeugungen, Deklarationen und Beschlüsse durchzusetzen, das ist das, was wir brauchen, wenn wir in Europa weiterkommen wollen.

Weil ich diese Schwierigkeiten kenne, und weil ich auch die Vielschichtigkeiten beobachten kann, die zwischen Reden hier und Erklärungen zu Hause bestehen, meine ich, daß wir bei allen Abstrichen, die wir machen, doch zugeben - ich habe nie behauptet, daß dies ein Jahrhundertwerk sei -, daß wir uns mit der Deklaration auf einem Weg nach vorn bewegt haben, daß wir Schritte vorangekommen sind.

Die Deklaration ist für uns auch kein Endzustand. Sie kann jederzeit überprüft werden und sie soll es auch. Wenn beispielsweise die großen politischen Parteien sich hier auf eine gemeinsame Überzeugung verständigen könnten - ich habe das mehrmals in anderer Weise schon angeregt -, dann haben wir eine gute

Chance, sehr bald weiterzukommen.

Alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bekennen sich in der Deklaration zu einem Ausbau der Politiken und Zuständigkeiten der Zehner-Gemeinschaft, im kulturellen Bereich, bei der Rechtsangleichung, in Bereichen der Sicherheitspolitik.

Außerdem unternehmen wir mit der Deklaration den Versuch, den gewachsenen institutionellen Bestand der Gemeinschaft und bei der Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten zusammenzufassen und ihn wirksamer auf das Ziel der Europäischen Union auszurichten.

Der Text der Deklaration verdeutlicht die Bereitschaft aller Mitgliedstaaten, sich für eine größere Entscheidungsfähigkeit des Ministerrates durch die Anwendung der Vertragsregeln, einschließlich derjenigen über Mehrheitsbeschlüsse, einzusetzen. Dies ist ein Fortschritt.

Wenn andererseits mehrere Mitgliedstaaten zu Protokoll gegeben haben, daß sie in Fällen vitalen nationalen Interesses auf Fortsetzung der Beratungen im Rat bis zu einer Einigung bestehen müssen, so entspricht dies ehrlicherweise dem jetzigen Zustand der Gemeinschaft. Mit ihm müssen wir leben; mit ihm können wir auch leben, auch wenn wir es anders wollen, und ich will es anders, um es deutlich zu sagen.

Ganz besonders haben sich die beiden Initiatoren der Deklaration, Bundesminister Genscher und Außenminister Colombo, um eine Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments bemüht. Gerade in diesem Bereich gab es erhebliche Vorbehalte, und das ist auch einer der Bereiche, wo nach meiner Ansicht die Mitglieder des Europäischen Parlaments eine ungewöhnlich wichtige pädagogische Aufgabe zu Hause in ihren Heimatparteien haben. Gerade in diesem Bereich gab es Vorbehalte.

Es ist uns aber gelungen, wenigstens kleine Fortschritte zu erzielen:

- bei der Konzertierung im Gesetzgebungsverfahren,
- bei der Aushandlung und dem Abschluß völkerrechtlicher Verträge und
- bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten.

Dem Parlament bleibt es unbenommen, im Wege der Überprüfung der Deklaration seine weitergehenden Initiativen gerade auch im Blick auf die Position des Parlaments zu verfolgen. Was mich betrifft, so bleibe ich bei meiner Überzeugung, daß die Stellung, die Autorität des Europäischen Parlaments weiter gestärkt werden müssen.

Unsere Bürger sind gut beraten, wenn sie bei der bevorstehenden Direktwahl durch eine möglichst starke Wahlbeteiligung diesem Parlament den Rücken stärken. Ein Ja zum Europäischen Parlament ist zugleich ein Ja zu einer wirksamen europäischen Politik.

Dabei wissen Sie wie ich auch, daß mehr Verantwortung nicht bloß mehr Zuständigkeiten bedeutet. Und wie die Dinge liegen, wäre es verhängnisvoll für Europa, wenn das Europäische Parlament, wenn die nationalen Parlamente nebeneinander und zuweilen gegeneinander agieren würden.

So wichtig es für die nationalen Abgeordneten ist zu wissen, was im Europäischen Parlament gedacht und getan wird, so vordringlich ist es auch für das Europäische Parlament zu wissen, unter welchen Zwängen und Notwendigkeiten Ihre Kollegen in den nationalen Parlamenten stehen und ihre Entscheidung fällen.

Hier scheint es mir unabdingbar zu sein, daß die Kontakte, und das scheint ein Problem in den meisten Ländern zu sein, verbessert werden.

In Stuttgart hat es manches klare, manches offene, auch manches heftige Wort gegeben, wie es in Gesprächen unter Partnern und Freunden üblich ist - vielleicht auch notwendig ist. Ebenso sehr gab es auch

die Bereitschaft zum Kompromiß, zum Zurückstellen nationaler Wünsche, wo es im Interesse Europas nötig war.

Die in Stuttgart erzielten Fortschritte sind das Werk aller Teilnehmer. Wir alle bleiben aufgerufen, nunmehr für die baldige Umsetzung der Ergebnisse von Stuttgart zu sorgen. Lösungen sind zwar eingeleitet, aber noch nicht endgültig gefunden worden.

Wir haben nicht viel Zeit. Die Welt, in der wir leben, ist nicht bereit zu warten, bis wir unsere inneren Probleme gelöst haben. Europa ist keine Insel, sondern mit allen Fasern seiner Existenz unserer Welt und ihren gewaltigen Problemen und Konflikten verbunden. Das europäische Schiff ist in schwierige Gewässer geraten, politisch wie auch wirtschaftlich.

Unsere Konjunktur wird sich langsam erholen. Diese Erholung fällt uns nicht in den Schoß. Wir müssen selber kräftig anpacken und einen langen Atem haben.

[...]

Wir brauchen ein starkes Europa, ein Europa mit Selbstvertrauen, wenn wir nicht zum Spielball in der Weltpolitik werden wollen. Europa muß stark sein, damit es seine Interessen überall wahrnehmen kann und damit die Gemeinschaft der freien Demokraten in Europa diesen Beitrag für die Welt leisten kann.

Ich sage noch einmal, wir alle brauchen Europa. Mit nationalstaatlichen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts gibt es keinen Schritt über die Schwelle zum 21. Jahrhundert. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir in diesem Jahrzehnt, in der nächsten und übernächsten Legislaturperiode dieses Parlaments, den entscheidenden Durchbruch erzielen müssen, wenn wir ihn überhaupt noch erzielen können. Wir, die Deutschen, haben dies in besonderer Weise notwendig. Wir leben in einem geteilten Land, und weil wir in einem geteilten Land leben, brauchen wir Europa mehr noch als andere. Wir haben überhaupt nur eine Chance, in der Zukunft die Entwicklung der geschichtlichen Einheit unserer Nation zu erfahren, wenn dies unter einem europäischen Dach geschieht. Und deswegen plädiere ich zu Hause besonders leidenschaftlich neben allen wirtschaftlich und sozial bewegenden Fragen für den Durchbruch für Europa, für die politische Integration und Einigung Europas, weil wir damit unsere eigene Chance, damit auch unser Land und Volk voranbringen können. Und deswegen sind wir auch bereit, als Deutsche notwendige Opfer zu bringen auf diesem Wege zur Integration Europas.

Nur ein starkes und einiges Europa kann zusammen mit unseren Freunden und Verbündeten in Nordamerika auch den notwendigen Dialog mit dem Osten und damit auch die Chance des Ausgleichs finden, notwendig für die Erhaltung des Friedens in der Welt. Gestützt auf die Solidarität im Bündnis, gestützt aber auch auf die Europäische Gemeinschaft und ihre Politik werde ich auch aus dieser Überzeugung meine Gespräche in der nächsten Woche in Moskau führen können.

[...]

Wir brauchen einen langen Atem! Jeder, der zu recht oder zu unrecht die europäische Entwicklung kritisiert, kann mir doch eine Frage nie beantworten: Was ist denn die Alternative zu Europa?

Ich muß an Sie appellieren, gemeinsam zu versuchen, bei allen Schwierigkeiten und bei allen nationalen Problemen, die wir haben und die wir nicht leugnen wollen, die politische Einigung Europas zu finden.